

Schluss mit der Politik der Regierungen Merkel und Rüttgers Bildung einer SPD-geführten Regierung in NRW, die den "Sparhammer" stoppt und alle Arbeitsplätze bei Opel rettet.

Wir rufen auf: Wenden wir Arbeitnehmer, Gewerkschafter, Sozialdemokraten aus verschiedenen Städten in NRW, uns an die Verantwortlichen der SPD im ganzen Land:

Wir alle wissen: Am 9. Mai wurde die Schwarz-Gelbe Regierung Rüttgers in NRW bei der Landtagswahl abgewählt.

Wir alle sehen heute: Die Regierung Merkel ist - auch als Folge der Niederlage von CDU und FDP am 9. Mai in NRW - am Ende!

Kanzlerin Merkel appelliert an die SPD im Bund und NRW, sich ihrer „Verantwortung für das Land zu stellen“, und für eine „gemeinsame Krisenbewältigung“ zu handeln.

Sofort erklärt der SPD-Vorsitzende Gabriel seine Bereitschaft, „in den zentralen Fragen unseres Landes einen Pakt der Vernunft zu schließen. Die SPD ist zur Zusammenarbeit bei der Krisenbewältigung bereit.“ Denn es sei auch ihr „vollkommen klar, dass wir sparen und konsolidieren müssen.“ Und macht Vorschläge, wie er der Schwarz-Gelben Koalition helfen will, ihr Sparpaket sozialverträglich zu gestalten, um es mit seiner Unterstützung durch das Parlament zu bringen.

Im gleichen Sinne hilft Hannelore Kraft der Schwarz-Gelben Regierung Rüttgers, weiter im Amt zu bleiben und macht Vorschläge, wie sie ihre Politik mit sozialverträglichen Korrekturen versehen und mit Unterstützung der SPD in der Opposition fortsetzen kann.

Hat diese SPD-Führung nicht der neuen Milliarden-Rettung der Banken und Spekulanten zugestimmt, wofür nach dem griechischen Volk allen Völker in Europa und jetzt auch dem deutschen Volk mit dem Spar- und Konsolidierungspaket die Rechnung diktiert wird? Haben sie nicht die Politik der Milliarden für die Konzerne und der Arbeitsplatzvernichtung und Lohnkürzungen für die Arbeitnehmer unterstützt und tun das noch heute – im Namen der gemeinsamen Krisenbewältigung?

Welcher Arbeitnehmer, welcher sozialdemokratische Wähler, welcher Gewerkschafter und welcher Sozialdemokrat kann verstehen, dass die SPD-Landesvorsitzende Hannelore Kraft es seit über einem Monat unterlässt, eine sozialdemokratisch geführte Regierung zu bilden? Weil sie um jeden Preis verhindern will, dass sich die SPD auf einen wirklichen Politikwechsel verpflichtet?

Auf den Bruch mit der Politik der Merkel und Rüttgers: für die Sofortmaßnahmen zum Schutz der Bevölkerung vor der Krise und vor einer Regierungspolitik, die den Krisenverantwortlichen Milliarden aushändigt, um die Bevölkerung mit Arbeitsplatzverlusten und sozialer Verarmung die Zeche bezahlen zu lassen!

Wer kann es nachvollziehen, dass Hannelore Kraft zuerst mit der FDP und dann mit der CDU „Sondierungsgespräche“ über eine Regierungskoalition geführt hat? Um mit ihnen die Politik ihrer kleinen Koalition fortzusetzen – schamhaft versehen mit einem „sozialverträglichen“

Feigenblatt?

Welcher SPD-Wähler, auch diejenigen, die der Kraft-SPD ihre Stimme verweigert haben, und auch alle, die Schwarz-Gelb eine Abfuhr erteilt haben: wer von ihnen wird sich nicht betrogen fühlen und empören, wenn er erfahren muss, dass Hannelore Kraft vor hat, die abgewählte Regierung Rüttgers weiter im Amt zu belassen? Dass Hannelore Kraft auch zu dieser Ohrfeige für den Wählerwillen bereit ist, nur um den wirklichen Politikwechsel durch eine SPD-geführte Regierung zu verhindern!

So etwas hat unser Land und unsere Partei noch nie erlebt!

Wem will Hannelore Kraft eigentlich glaubhaft machen, dass es möglich ist, „Regierungspolitik für einen Politikwechsel“ aus der Opposition heraus zu machen?

Natürlich kann das nicht der wirkliche Politikwechsel sein, den die Wählermehrheit fordert und das Land braucht. Das, was Hannelore Kraft als „Politikwechsel aus der Opposition heraus“ verkaufen will, kann nichts anderes werden als für jene „sozialverträglichen Ergänzungen“ zu sorgen, die notwendig sind, um Rüttgers und Merkel grundsätzlich die Fortsetzung ihrer Politik zu erlauben.

Die Opel-Kollegen wird Hannelore Kraft bestimmt nicht überzeugen, wenn diese hören müssen, dass Hannelore Kraft in der Frage von Opel Rüttgers „unterstützen“ will. Denn sie wissen, dass die Unterstützung des Sanierungsplan von GM heißt, das 1800 (vorläufig) Arbeitsplätze in Bochum über die Klinge springen und 70 Millionen Lohngeelder draufgehen sollen!

Bestimmt nicht die Empfänger von Hartz IV, denen Merkel das Heizgeld im kommenden Winter und das Elterngeld für ihre Kinder streichen und die schon jetzige Armenrente im Alter zur Elendsrente zusammenkürzen will.

Werden sie nicht die einzige allzu berechtigte Frage stellen: „Warum ergreift die SPD nicht die Regierungsmacht in NRW, um den 'Sparhammer' von Merkel zu stoppen? Und um die Opel-Arbeitsplätze vor ihrer Zerstörung durch GM zu schützen?“

Der DGB-Vorsitzende Sommer warnt: „Niemand sollte unseren Zorn über die soziale Schiefelage dieser Politik und unsere Entschlossenheit, diesen falschen Weg zu korrigieren, unterschätzen.“ Und „die IG Metall wird gegen den vorgeschlagenen Weg der Konsolidierung ihre Mitglieder mobilisieren.“ Der ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske wiederum fordert: „Die Richtung der Politik muss grundlegend verändert werden“.

Kein Kollege könnte verstehen, dass ihre Gewerkschaftsverantwortlichen der Einladung von Kanzlerin Merkel zum Krisengipfel am 23.6. folgen, wo sie die Krisenbewältigungssparpolitik absegnen sollen - gewiss unter lauter Protestbegleitung und der Ankündigung von Demonstrationen im Herbst(!)

Was könnte sie hindern, ihre Verantwortung

wahrzunehmen und die vereinte gewerkschaftliche Mobilisierung der Arbeiterschaft für eine zentrale Demonstration zu entscheiden: nach Berlin, am 7. Juli, wo die Regierung Merkel das Sparhammerpaket verabschieden will.

Zudem fragen wir: Gibt es nicht in NRW die sofortige Möglichkeit, einen grundlegenden Politikwechsel Realität werden zu lassen?

Wer von der Partei der GRÜNEN oder der LINKEN will sich ernsthaft dem entgegenstellen, wenn eine SPD-geführte Regierung den Wählerwillen umsetzt?

Wer will sich dem entgegenstellen, wenn die SPD eine von ihr geführte Landesregierung in NRW bildet, selbst wenn sie parlamentarisch eine „Minderheitsregierung“ ist, die als eine ihrer ersten Maßnahmen z.B. beschließt:

- Mit der schon elend langwährenden Bedrohung der Opel-Beschäftigten, ihren Arbeitsplatz zu verlieren, Schluss zu machen. Opel unter staatlichen Schutz zu stellen und alle Arbeitsplätze in Bochum zu garantieren. Verbunden mit einer Initiative im Bundesrat, dass dieselben Initiativen auch in den anderen Bundesländern ergriffen werden!

- Im Bundesrat das 80 Milliarden Sparprogramm der Regierung Merkel zu Fall zu bringen!

- Die Rückführung der Milliarden an die Banken in den staatlichen Haushalt, um die Rettung des Rechts aller auf qualifizierte Bildung und Abschluss, für die Rettung der kommunalen Krankenhäuser und der kommunalen Daseinsvorsorge finanzieren zu können, und die Städte und Kommunen aus der finanziellen Würgeschlinge zu befreien

Wir wenden uns an Euch, ebenso wie an unsere Genossinnen und Genossen in den Ortsvereinen:

Die Unruhe und Besorgnis unter den Arbeitnehmern wächst!

Bei Opel Bochum diskutieren die Kolleginnen und Kollegen über eine gewerkschaftliche Mobilisierung, nachdem sie sich durch die Regierung an die Entscheidungen von GM ausgeliefert sehen.

Wo anders kann der Platz der Sozialdemokraten sein, als an der Seite der Arbeitnehmer und Gewerkschaften im Kampf für eine Regierung, die die Arbeitnehmer und die Arbeitsplätze schützt!

Rüttgers muss weg - In NRW muss sofort eine sozialdemokratisch geführte Regierung gebildet werden, die den Wählerwillen umsetzt und die Lebensinteressen der arbeitenden Bevölkerung und Jugend verteidigt! Das ist der Weg, auch die Regierung Merkel im Bund zu Fall zu bringen!

Ergreifen wir dafür jetzt ohne Zögern sofort die Initiative und machen in- und außerhalb der Partei dafür mobil!

Henning Frey (SPD, GEW);

H.W. Schuster (SPD, Afa-Unterbezirksvorsitzender Düsseldorf)